

Von den 2,56 Millionen Einwohnern sind 962000 Mohamedaner, 361000 sind Anhänger eines primitiven Seelen- und Geisterglaubens, und nur 37000 sind Mitglieder oder Katechumenen der Kirche. Unverhältnismäßig groß ist allerdings der Einfluß der Kirche auf die Schule. Von den 46000 Schülern im Jahr 1957/58 – nur etwa 12% der Kinder besuchen eine Schule – waren nicht weniger als 12000 an katholischen Missionsschulen. Insofern besteht für das Wachstum der Kirche in Guinea einige Hoffnung.

Ob diese allerdings erfüllt wird, ist nicht sicher. Das hängt von der politischen Entwicklung des Landes ab, die zu manchen Befürchtungen Anlaß gibt. Der Mann, der die politische Entscheidung gegen Frankreich herbeiführte und der heute der erste Ministerpräsident des neuen Staates ist, Sekou Touré, ist einer der extremsten Nationalisten bolschewistischer Prägung. Ursprünglich einfacher Postangestellter, widmete er sich ganz der gewerkschaftlichen Arbeit, als ihn die französische Verwaltung an einen Posten außerhalb von Guinea versetzen wollte. In der kommunistisch orientierten Gewerkschaft (CGT) stieg er rasch empor und wurde nach einer Moskaureise ihr Generalsekretär. Die Partei, der er sich angeschlossen hatte, das Rassemblement Democratique Africain, von dem die Parti Democratique Guinéen nur eine Landesgruppe ist, stand den französischen Kommunisten nahe. Diese Partei hat Sekouré zu einer straffen Organisation ausgebaut, so daß sie alle anderen Parteien des Landes leicht ausschalten konnte, bis sie im März 1957 alle Sitze im Landesparlament bis auf zwei, die jedoch nicht besetzt wurden, gewann. Sekouré selbst war schon 1956 Abgeordneter der französischen Nationalversammlung geworden, ebenso Ratsmitglied für ganz Französisch-Westafrika.

Sekourés Absichten gehen weiter: er strebt einen Zusammenschluß der westafrikanischen Länder an. Einen Kern davon bilden bereits Guinea und Ghana, die am 23. November in einer gemeinsamen Deklaration feststellten, sie wollten nach dem Beispiel der 13 amerikanischen Kolonien den Grundstock einer gemeinsamen Union der westafrikanischen Länder bilden. Ghana stellte gleichzeitig einen Kredit von 10 Millionen ghanesischen £ zur Verfügung (1 £ = DM 11,80). Guinea begrüßte dies als eine „konkrete Kundgebung der afrikanischen Brüderlichkeit und Solidarität“. Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß auch noch von anderer Seite solche Erweise der Solidarität erfolgen werden. (*Revue du Clergé Africain*, Januar 1959.)

USA — im Schatten der Präsidentenwahl

Die im Jahr 1960 stattfindende Präsidentenwahl wirft ihre Schatten bereits voraus. Zum erstenmal in der Geschichte der Vereinigten Staaten haben die Katholiken eine reale Aussicht, einen der ihren in diesem höchsten Amt zu sehen. Die Mehrheit der Senatoren ist katholisch, und unter diesen gibt es eine Reihe bedeutender Männer, die durchaus für das Präsidentenamt in Frage kommen. Zwar ist es nach Art. XI § 3 der Verfassung verboten, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession als ausschlaggebend für die Besetzung eines öffentlichen Amtes zu machen, doch wurde bisher noch nie ein Katholik zum Präsidenten der USA gewählt. Als 1928 die Demokraten den Katholiken Alfred Smith aufstellten, scheiterte dieser am vereinigten Widerstand sämtlicher protestantischen Kirchen und Sekten (vgl. diese Zschr. 116 [1928/29] 303).

Nun gab am 3. März dieses Jahres einer der aussichtsreichsten Kandidaten für das hohe Amt, Sen. John F. Kennedy, ein Katholik, der Zeitschrift *Look* ein Interview, von dem die *America* (7. März 1959) hofft, daß es das letzte seiner Art gewesen sei; denn es gehe nicht an, daß, wie die *Look* behauptet, ein katholischer Kandidat zuerst seine Ansichten über die Religion bekanntzugeben habe. Das sei diskriminierend und gegen die Verfassung der USA.

Sen. Kennedy hatte u. a. erklärt, er sei für die Trennung von Staat und Kirche und sehe diesen Grundsatz als wesentlich für das amerikanische Staatsleben an. Weiter lehnte er die Errichtung einer Botschaft am Vatikan ab, da dadurch der innere Friede in den USA gefährdet werde. Außerdem bejahte er, daß die privaten Schulen nicht aus staatlichen Mitteln unterhalten würden, und lehnte auch die Unterstützung der Kirchen durch den Staat ab. Zur Frage der Beförderung katholischer Kinder durch staatliche Autobusse (vgl. diese Zschr. 163 [1958/59] 13) erklärte er, diese Frage sei keine religiöse, sondern eine soziale. Die *America* erklärt dazu, daß dies im Grund auch die Stellungnahme der Kardinäle Spellmann und Cushing sei, die aber mehr betonten, daß das weder eine religiöse noch eine soziale Frage sei, sondern eine der Gleichheit vor dem Recht.

„Die katholische Kirche hat kein vitales Interesse daran, ob ein Katholik oder Protestant in Amerika oder Deutschland, wo wir ähnliche Verhältnisse haben, den Präsidentenstuhl innehat. Aber sie muß Wert darauf legen, daß die Katholiken nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt und wegen ihrer Religion benachteiligt werden“ (Max Pribilla).

Industrie in der Sowjetunion

In der Sowjetunion hat die Rüstungsindustrie den unbedingten Vorrang vor allen anderen Industriezweigen. Sie wird bevorzugt mit Rohstoffen, Maschinen und Ersatzteilen beliefert. Ihre Arbeiter erhalten wesentlich mehr Lohn als die Arbeiter in anderen Fabriken, so die Arbeiter in Panzerfabriken um 40–50% mehr, die mit der Herstellung von Kernwaffen Beschäftigten sogar um 80–150% mehr. Diese bessere Bezahlung gilt nicht nur für die hochqualifizierten Facharbeiter, sondern für alle Berufssparten.

Das Mißverhältnis zwischen der Rüstungsindustrie und den übrigen Industriezweigen verführt ausländische Beobachter nicht selten zu Fehlschlüssen, indem sie die Sowjetindustrie entweder über- oder unterschätzen. Während die Rüstungsindustrie mit allen möglichen Mitteln gefördert wird und deshalb einen Vergleich mit dem Westen sicher aushalten kann, fristen die anderen Industriezweige oft ein kümmerliches Dasein und sind den entsprechenden des Westens weit unterlegen. Die Privatinitiative fehlt, da die gesamte Industrie ausschließlich Staatseigentum ist. Der Staat jedoch, nur Werkzeug der kommunistischen Partei, bevorzugt ausschließlich die Rüstung.

Es seien die Verhältnisse in einigen Industriezweigen geschildert. In der Papierindustrie sind nicht weniger als 70% aller Maschinen 25–55 Jahre alt. Nur 4% wurden in den letzten 10 Jahren aufgestellt, und auch hier handelt es sich um alte Modelle. Während bei uns eine Papiermaschine bei 6 m Arbeitsbreite in der Minute 550 m Papier erzeugt – in den USA sogar bei 7,8 m 1000 m/min –, bringen es die modernsten Maschinen in der Sowjetunion bei 4,2 m Arbeitsbreite auf 110 m/min. Die Neuherstellung von Maschinen dauert so lange, daß sie bis zu ihrer Aufstellung bereits wieder veraltet sind. Die Herstellung des Papiers selbst geschieht nach Methoden, die im Westen schon lange aufgegeben ist. So wundert man sich nicht, wenn man hört, daß die Produktion an Papier in der Sowjetunion seit 1913 nur um 30% gestiegen ist.

Ähnlich verhält es sich mit der Erzeugung von Zement. Während in Westeuropa und Amerika ungefähr 70% des Zements im trockenen Verfahren hergestellt werden, das $2\frac{1}{2}$ bis 3 mal so ergiebig ist wie das Schlammverfahren, ist man in der Sowjetunion bei diesem geblieben. Nur 7% werden im trockenen Verfahren hergestellt. Neue Maschinen wurden seit Kriegsende überhaupt nicht aufgestellt.